

WOLFGANG TRIEBEL

»Modernes Regieren im 21. Jahrhundert« mit neuer NATO-Doktrin und Bundeswehrreform?

Historische Zwänge für »modernes Regieren im 21. Jahrhundert«

Wenn vierzehn Staats- und Regierungschefs aus Europa, Nord- und Südamerika, Afrika und Ozeanien, wie am 2. und 3. Juni 2000 in Berlin, über »modernes Regieren im 21. Jahrhundert« diskutieren, dann ist das durchaus zu begrüßen.¹ Nachdenken über »modernes Regieren im 21. Jahrhundert« ist im Interesse von Frieden und Sicherheit nicht nur in Europa eine höchst aktuelle und historisch notwendige Angelegenheit. Linke Politiker und Politikwissenschaftler machen schon lange darauf aufmerksam, daß es in der gegenwärtigen Politik nicht weitergehen kann wie bisher. Vor allem muß das Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft wiederhergestellt werden. Erfreulich, daß auch Kanzler Schröder auf dieser Gipfelkonferenz feststellte: »Wir wollen nicht die Dominanz des Marktes über die Politik.«² Worin nun bestehen Kriterien für »modernes« Regieren bzw. *was* kann nicht und *warum* nicht *wie bisher* weitergehen?³

Die Logik des Gegenstands »modernes Regieren« zwingt dazu, es vor allem und zuerst alternativ zur bisherigen Regierungspraxis als antimilitaristische Politik nach innen und außen zu verstehen, sich von der neuen NATO-Doktrin zu distanzieren und die Reform der Bundeswehr an den politischen Realitäten zu orientieren, nicht aber an Interessen der Rüstungskonzerne. Wenn durch »modernes Regieren« Menschenrechte verwirklicht und soziale Gerechtigkeit erreicht werden sollen, dann muß es – im Unterschied zum bisherigen Regieren – auf Abbau und Konversion von Rüstungen gerichtet sein, Waffenhandel als extreme Profitquelle zu Lasten von Leben und Lebensbedingungen anderer Völker unterbinden, in den Kampf um Ausstieg aus der Atomkraft vor allem die Vernichtung aller nuklearen Waffenpotentiale einschließen und auf den schonenden Umgang mit den Naturressourcen einer an die kommenden Generationen denkende ökologische Politik orientieren. Damit werden Voraussetzungen geschaffen, um all die anderen Ziele wie gerechte Verteilung des Wohlstands, Bekämpfung von Krankheit und Armut in der Welt, mehr und bessere Bildung, Rückkehr zur Vollbeschäftigung usw. auch tatsächlich in die gesellschaftliche Praxis umsetzen zu können. Auf diesen Wegen kann auch die Globalisierung zum Nutzen der Menschen wirksam werden.

Dominanz des Marktes über die Politik führte im 20. Jahrhundert zum Mißbrauch von Politik für die Interessen des Marktes, sprich zum Wohle von nationalem und internationalem Monopolkapital. Dadurch war das gesamte 20. Jahrhundert ein Jahrhundert zweier

Wolfgang Triebel – Jg. 1930, Politikwissenschaftler, Historiker, Prof. Dr. sc. phil.; 1968-1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter, Dozent, Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin. Lehrgebiete Sozialismustheorie, Theorie internationale Beziehungen. Ab 1991 Grotewohl-Forschung und politikwissenschaftliche Arbeit in der AG Friedenspolitik Berlin.

1 Anwesend waren: Bundeskanzler Schröder als Gastgeber, USA-Präsident Bill Clinton, Frankreichs Ministerpräsident Lionel Jospin, Präsident Südafrikas Thabo Mbeki, Argentinens Präsident Fernando de la Rúa, Präsident Chiles Ricardo Lagos, Präsident Brasiliens Fernando Cardoso, die Ministerpräsidenten Kostas

Simitis (Griechenland),
Giuhano Amato (Italien),
Jean Chretien (Kanada),
Helen Clark (Neuseeland),
Wim Kok (Niederlande),
Antonio Guterres (Portugal),
Göran Persson (Schweden).
Großbritannien war nur
durch die Berater Tony
Blairs, David Miliband und
Anthony Giddens, vertreten,
weil Blair seinen kurz zuvor
geborenen Sohn nicht allein
lassen wollte.

2 Zitiert nach:
Das Parlament, Nr. 24
vom 9. Juni 2000.

3 Siehe hierzu: Ingomar
Klein, Wolfgang Triebel:
Um des Friedens willen.
Nachdenken über Wege in
eine friedliche menschliche
Gesellschaft. 18 Autoren
aus Wissenschaft und
Politik äußern sich zu
absehbaren Folgen der
weiteren Militarisierung
von Politik und zeigen Wege
zu ihrer antimilitaristischen
Gestaltung, Berlin 2000.

4 Während die *Frankfurter
Allgemeine Zeitung* vom
5. Juni 2000 Nordkorea,
Irak, Jugoslawien, Kuba,
Sudan, Libyen und mit
Einschränkungen den Iran
zu den Schurkenstaaten
zählte (Frau Albright führte
den Begriff 1994 ein), weiß
die *Financial Times
Deutschland* vom 21. Juni
2000 zu berichten, daß der
USA-Außenamtssprecher
Richard Boucher diese
Begriffe nicht mehr für
angemessen hält:
»Das Etikett des Schur-
kenstaates hat seine
Schuldigkeit getan ...«.

Weltkriege und von Hunderten kleinerer lokaler oder Bürgerkriege auf allen Kontinenten, ein Jahrhundert mit Tausenden und aber Tausenden Toten, millionenfachen Zerstörungen von Dörfern, Städten und der ganzen Menschheit gehörenden Kulturdenkmälern. Gleichzeitig aber scheffelten diejenigen Milliardenprofite, die Rüstungsproduktion betrieben, Kriege vorbereitet und die Völker mit verlogenen Feindbildern zu Mord und Totschlag gegeneinander getrieben haben. Das hat Politik im 20. Jahrhundert nicht nur geduldet, sondern gefördert, um Machtverschiebungen zwischen den imperialen Großmächten durchzusetzen. Im Interesse der Systemerhaltung war kapitalistische Politik trotz eigener Widersprüche auf die Abwehr der von der Oktoberrevolution ausgehenden und international wirkenden sozialpolitischen und wirtschaftlichen Umgestaltungen gerichtet. Dafür wurden während des gesamten 20. Jahrhunderts »heißer« oder »kalter« Krieg als Mittel von Politik legitimiert.

Mit der Beendigung des Kalten Krieges 1989/1990 verbanden die Völker Hoffnungen auf den Beginn eines dauerhaften Friedens in der Welt, zumal wesentliche Instrumente dafür mit der UNO im Weltmaßstab, der OSZE in Europa sowie ähnlichen Organisationen in Afrika, Asien und Lateinamerika entstanden waren. Die hochgerüsteten kapitalistischen Großmächte dagegen fühlen sich seit der Niederlage des Sozialismus in Europa als Sieger der Geschichte. Sie gehen seitdem offensichtlich davon aus, ihre alten Rivalitäten unter einem zu ihren Gunsten veränderten internationalen Kräfteverhältnis ungehinderter und mit »modernerer« Mitteln und Methoden austragen zu können. Wie anders lassen sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts folgende Ereignisse erklären?

Der Krieg der USA aus den neunziger Jahren gegen den Irak ist noch immer nicht beendet; der USA- und NATO-Krieg gegen Jugoslawien 1999 hat die politische Lage auf dem Balkan dergestalt zugespitzt, daß weitere militärische Auseinandersetzungen als programmiert angesehen werden müssen; der Krieg in Tschetschenien hat über die Kaukasus-Region hinausgehende politische Dimensionen. Internationale Ölmultis und auch Staaten erheben Ansprüche auf die bisher von Rußland beherrschten Ölvorkommen dieses Gebietes; die den afrikanischen Kontinent erschütternden Bürgerkriege verschärfen die Lebensbedingungen der dort lebenden Völker, während Großmächte als Waffenlieferanten und Ausbeuter der Bodenschätze extreme Gewinne erzielen.

Neben althergebrachten Thesen wie »Kriege hat es immer gegeben und wird es weiter geben, weil Menschen von Natur aus aggressiv sind« werden neue Kriegsursachen heraufbeschworen: »Kampf der Kulturen« (Huntington), »Kaukasus als USA-Interessengebiet« (Brzezinski), »Krieg um Wasser«, »Krieg um Öl«. »Militärschläge gegen »Schurkenstaaten«⁴ angeblich zur Friedenswahrung« werden als »humanitäre Intervention« verniedlicht, von neuen Risiken ist die Rede und ähnliches mehr.

Diese Tatsachen, dazu steigende Arbeitslosigkeit und wachsende Armut nicht nur in den unterentwickelten Ländern, immer brutalere Formen von Terrorismus, individuellen Gewalttätigkeiten, fanatischem Rassismus, militantem Nationalismus und anderen die Lebensbedingungen der Mehrheit der Menschheit verschlechternden

Erscheinungen in der Welt lassen die Hoffnungen auf einen dauerhaften Frieden immer mehr schwinden. Damit ist beantwortet, warum es in der Politik nicht so weitergehen darf wie bisher und es Veränderungen in der nationalen und internationalen Politik geben muß. Die heute Regierenden sind nicht nur gefragt, sondern gefordert.

Wie die Teilnehmer »modernes Regieren« verstanden wissen wollen
Nimmt man die veröffentlichten Auszüge aus der Abschlusserklärung⁵, dann fällt zunächst auf, daß die Fragen Frieden und Sicherheit, Abrüstung und Verbot von Waffenhandel, Reduzierung von Armeen und Auflösung von Militärblöcken, wie überhaupt das Militärische, unberücksichtigt geblieben sind.

5 *Der Tagesspiegel* vom 4. Juni 2000 bzw. *Neues Deutschland* vom 5. Juni 2000.

»Modernes Regieren« im 21. Jahrhundert soll nach dem Willen der Diskutanten dieses Gipfels unter den Bedingungen der Globalisierung vor allem als Verwirklichung der Menschenrechte verstanden werden. Die erste Bedingung zur Verwirklichung der Menschenrechte ist aber der Frieden. Als Lehre aus der verfehlten Machtpolitik der imperialistischen Großmächte des 20. Jahrhunderts und grundsätzlicher Ausgangspunkt zur inhaltlichen Bestimmung von »modernem« Regieren müßte zuerst der Krieg als Mittel der Politik verurteilt werden. Nun sagen das zwar nahezu alle Politiker auch der NATO, aber zugleich setzen gerade sie ihre gigantischen Rüstungsprogramme fort, provozieren dadurch in der Welt die Weiterführung des Rüstungswettlaufs und scheuen nicht vor Aggressionen zur Realisierung ihrer Weltmachtbestrebungen zurück. Es gibt also bis jetzt wenig Anzeichen dafür, daß das Ziel »modernem« Regierens darin besteht, alle vorhandenen internationalen politischen Instrumentarien zu nutzen bzw. neue zu entwickeln, um den Krieg für immer aus dem Leben der Völker zu verbannen. Oder wollen die Gipfelteilnehmer um Kanzler Schröder glauben machen, mit dieser alten »unmodernem« Politik wird endlich Schluß gemacht?

Die der Regierung nahestehende Wochenzeitung *Das Parlament* überschrieb ihren Bericht über diesen »Mitte-Links-Gipfel« in Berlin: »Globalisierung mit ›menschlichem Antlitz.«« Darin werden die wichtigsten Diskussionsthemen zwischen den Teilnehmern aufgezählt und in der Absichtserklärung als Ziele benannt: 1. gerechtere Verteilung des Wohlstands in der Welt und eine soziale Abfederung der ungehemmten Globalisierung; 2. mehr zur Bekämpfung von Krankheit und Armut in der Welt zu unternehmen; 3. eine grundlegende Modernisierung von Wachstum, Stabilität und die Rückkehr zur Vollbeschäftigung zu sichern; 4. Gerhard Schröders Forderung »Wir wollen nicht die Dominanz des Marktes über die Politik«; 5. die Möglichkeiten der Globalisierung zum Vorteil der Menschen zu nutzen, ihr nicht einfach »freien Lauf« lassen; 6. »Wachstum und gerechte Verteilung« (Schröder); 7. »ein Mehr an Internationalität im eigenen Land« (Schröder); 8. Beseitigung der weltweiten Ungleichheiten bei Bildung und Ausbildung (Clinton); 9. Informationstechnologien mit einem »menschlichen Antlitz« (Jospin); 10. »unseren Werten treu bleiben, aber ... unser Handeln modernisieren« (Jospin); 11. ein stärkeres Mitspracherecht auch für die ärmeren Länder (Thabo Mbeki); 12. strikte Inflationsbekämpfung als Voraussetzung für ein beschleunigtes Wachstum; 13. die Finanzmärkte müßten stärker

6 *Das Parlament*, Nr. 24 vom 9. Juni 2000.

reguliert, überwacht und zur Rechenschaft herangezogen werden; 14. Anpassungen bei den Sozialsystemen; 15. Gewährleistung einer Atmosphäre der Toleranz durch klare Einwanderungs- und Asylpolitik; 16. Aufbau eines »Netzwerkes« von Wissenschaftlern und »politischen Entscheidern«.⁶

Im Kern laufen alle sehr zustimmungswürdigen sechzehn Punkte auf die Verwirklichung von Menschenrechten und von sozialer Gerechtigkeit hinaus, die man als Markenzeichen von Demokratie verstanden wissen will und die nun im Vordergrund des »modernen Regierens im 21. Jahrhundert« stehen sollen.

Sollten die Regierenden tatsächlich begriffen haben, daß der Arbeitslosigkeit Einhalt geboten werden muß, soziale Ungerechtigkeiten in der Verteilung gesellschaftlich produzierter Güter wenigstens minimiert und die Vergeudung der Ressourcen durch einige wenige Länder wirksam reduziert werden müssen, daß der Zustand der Weltwirtschaftsordnung Not und Armut verursacht und Einteilungen von Staaten und Völkern in Privilegierte und Unterprivilegierte Relikte aus dem vorigen Jahrhundert sind? In diesen Erscheinungen liegen Quellen für neue nationale und internationale Konflikte.

Sollten die Regierenden tatsächlich erkannt haben, daß die Menschenrechte nicht selektiv, sondern nur unteilbar in ihrer Komplexität realisiert werden können? Bis jetzt haben Regierungen Verfassungen, Gesetze, internationale Verträge, Deklarationen und Abkommen über Menschenrechte unterschrieben, ohne ausreichende gesellschaftliche Voraussetzungen zu schaffen, sie im eigenen Land entsprechend umzusetzen. Menschenrechte werden aber erst zu gesellschaftlichen Werten, wenn sie für jeden Bürger nachvollziehbar und erlebbar sind. Während die Menschenrechte in vielen UN-Dokumenten definiert sind, läßt sich soziale Gerechtigkeit nicht losgelöst von der gesellschaftlichen Stellung der Menschen im System der herrschenden Eigentumsverhältnisse allgemein bestimmen.⁷ Die Kluft zwischen arm und reich vertieft sich weiter, aber über Ursachen und Wirkungen dieser Geißel der Menschheit werden die Völker weiterhin »in einem perlmutternen Dunst von Aberglauben und alten Wörtern gehalten, welche die Machinationen dieser Leute verdeckt.« (Brecht: Galileo Galilei, 14. Bild)

Wenn »modernes Regieren im 21. Jahrhundert« diese Zustände nicht beseitigt, dann ist es um die friedliche Zukunft der Menschheit im 21. Jahrhundert schlecht bestellt. Die heutige Welt driftet ob der bestehenden internationalen Macht- und Eigentumsverhältnisse auf einen Abgrund für die gesamte Menschheit zu, wenn sich die ärmeren und armen Völker in absehbarer Zeit nicht mehr damit abfinden, daß ihnen die Teilhabe am wachsenden Reichtum der Menschheit auf Dauer vorenthalten wird. Eigentlich wissen das alle, und immer öfter wird es ausgesprochen. Was aber ist von wem dagegen zu tun? Die Antwort ist weitgehend offen, auch der Gipfel von Kanzler Schröder ist über Absichtserklärungen nicht hinausgegangen. Die Erfahrungen aus ersten Versuchen einer sozial gerechten Gesellschaftsordnung im 20. Jahrhundert bedürfen noch einer sachlichen kritischen Analyse, sie sollten keineswegs ad acta gelegt werden!

Inzwischen sind seit diesem Gipfel mehrere Wochen ins Land gegangen. Von Politikern und den Medien wird kaum mehr Bezug darauf

7 Siehe zum Beispiel Harry Nick: Was ist soziale Gerechtigkeit?, in: *Neues Deutschland* vom 22. 10. 1999. Er sagt u.a.: »Wollte man soziale Gerechtigkeit ... definieren, müßte zweierlei zumindest gesagt werden. Soziale Gerechtigkeit gebietet erstens, allen Menschen ... ein menschenwürdiges Leben zu gewähren ... bedeutet zweitens, die Teilhabe am Reichtum der Gesellschaft so zu regeln, daß jeder Arbeitsfähige sich veranlaßt sieht, nach besten Kräften zur Mehrung dieses Reichtums beizutragen ...«

genommen. War die verhaltene Resonanz der Presse während der Konferenztage berechtigt? Vielleicht hat Lutz Pries aus Berlin das Ergebnis am treffendsten beurteilt, als er schrieb, daß »sich in den Bekenntnissen zu Solidarität, Beteiligung und sozialer Verantwortung« zwar »ein sozialliberaler Geist ausmachen« läßt, der aber auf keinen »trennscharfen Begriff« gebracht worden ist. »Selbst solche wollweichen Vokabeln wie ›Dritter Weg‹ oder ›Mitte-Links‹ sind zu anstößig und durch ›modern‹, ›reformorientiert‹ oder ›progressiv‹ ersetzt. Daß Politik womöglich auch im 21. Jahrhundert noch mit Macht zu tun haben wird, war zwar dem unterschiedlichen Auftritt der Großen, Mittleren und Kleinen zu entnehmen, nicht aber dem Kommuniqué.«⁸

Kurt Kister interpretierte Clintons Antwort auf die Frage nach dem Unterschied zwischen »modernem« Regieren und Drittem Weg, »Beide Begriffe seien »eine gute Beschreibung dafür, was wir zu tun versuchen«. Übersetzt bedeutet das: Es ist ziemlich egal, wie wir es nennen, Hauptsache, wir regieren.«⁹

Schärfer in der Bewertung des Gipfels ging Nikolaus Piper vor: »Internationale Konferenzen dienen heutzutage vor allem der Selbstdarstellung der Teilnehmer vor den Fernsehkameras, also dem heimischen Wählerpublikum ... Vorzuwerfen ist ihnen (den Präsidenten und Regierungschefs, W.T.) allerdings, daß die Abschlußerklärung mit dem Bekenntnis zu Solidarität und sozialer Gerechtigkeit in den Zeiten der Globalisierung Erwartungen erweckt, die nicht einzulösen sind.«¹⁰

Diese pessimistische Prognose liegt vielleicht daran, daß sich Politik heute mehr auf »Aktienkurse an den Börsen« stützt. »Politische Visionen ... sollten sich vornehmlich mehr an Werten orientieren als am Wert.«¹¹ Dem kann man nur zustimmen.

NATO-Doktrin produziert Ziel-Mittel-Konflikte für »modernes« Regieren

Wenn der deutsche Bundeskanzler Schröder auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 2./3. Juni 2000 sich für »modernes Regieren im 21. Jahrhundert« eingesetzt hat, dann sollten wir ihn nicht aus den daraus erwachsenden Verpflichtungen für seine Regierungspolitik entlassen und beim Wort nehmen. Die internationalen Bedingungen für einen Politikwechsel (dem eigentlichen Inhalt für »modernes« Regieren) sind für die Bundesrepublik Deutschland nach amtlichen Regierungsdokumenten besonders günstig, weil unser Land nur noch von befreundeten Staaten umgeben ist.

Im Kommuniqué des Gipfels heißt es: »Schlüsselaufgabe modernen Regierens im neuen Jahrhundert ist es, den Menschen dabei zu helfen, das Beste aus dem Wandel (durch die Globalisierung, W.T.) zu machen, indem wir ihnen die *Mittel in die Hand geben*, ihre Talente in der neu entstandenen Welt zu entfalten ... *Unser Ziel* ist es, *die Talente aller Menschen freizusetzen*, doch um dies zu tun, müssen wir die *Verantwortung* zwischen staatlichen Stellen und dem einzelnen, zwischen Regierungen und internationalen Organisationen, zwischen nichtstaatlichen Organisationen und dem öffentlichen Sektor aufteilen. Diese Frage steht im Mittelpunkt des modernen Regierens im 21. Jahrhundert.«¹² (Hervorhebungen von mir, W.T.)

8 Lutz Pries: Kumpel Bill, der Dritte Weg und die Knödel-Variante, in: *Frankfurter Rundschau* vom 5. Juni 2000.

9 Kurt Kister: Regieren ist Sinn genug, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 5. Juni 2000.

10 Nikolaus Piper: Falsche Wegweiser auf dem Gipfel, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 5. Juni 2000.

11 Thomas Bärsch: Modernes Regieren – Theorie und Praxis, in: *Sächsische Zeitung* vom 5. Juni 2000.

12 Ebenda.

Dieser Absatz ist interpretationsbedürftig. Wenn als »Ziel« und »Schlüsselaufgabe modernen Regierens« die Freisetzung der »Talente aller Menschen« bezeichnet wird, aber gleichzeitig dafür »die Verantwortung zwischen staatlichen Stellen und dem einzelnen« bzw. »nichtstaatlichen Organisationen« u.a. geteilt werden soll, dann will sich der Staat offensichtlich aus Teilen seiner Verantwortung zurückziehen. Aber aus welchen Teilen? Die Relation von erklärten Zielen und den Mitteln, die »wir« (die Regierung!) »ihnen« (den Menschen) »in die Hand geben« (die sie sich also nicht nehmen können!), muß aber so sein, daß alle Menschen »das Beste aus dem Wandel« durch die Globalisierung machen und somit »die Talente aller« freisetzen können. Es ist nicht vorgesehen, den Menschen solche »Mittel in die Hand« zu geben, damit sie der mit der neuen NATO-Doktrin verbundenen Militarisierung von Politik entgegenwirken können, die erfahrungsgemäß der Entfaltung von Talenten des Volkes entgegenwirkt. In der Frage Frieden und Sicherheit ist damit ein Ziel-Mittel-Konflikt programmiert, weil der Zugriff zu tatsächlichen oder vermeintlichen Mitteln (wie der NATO-Doktrin) zur Friedensicherung einem elitären Kreis aus Politikern, Militärs, Bank- und Wirtschaftskapitänen vorbehalten bleibt. Von daher erklärt sich, daß im Kommuniqué Fragen der Abrüstung und des Abbaus von Waffen- und Armeepotentialen nicht erwähnt wurden.

Mit der neuen NATO-Doktrin und dem USA-Anspruch auf politische und militärische Beherrschung der Welt und der Umstellung der NATO-Armeen auf Interventionsfähigkeit forcieren die Großmächte nicht nur eigene Rüstungen, sondern treiben die nicht der NATO angehörenden Staaten direkt in eine neue Rüstungsspirale, weil nach dem Jugoslawienkrieg militärische Interventionen der NATO gegen andere Staaten nicht auszuschließen sind, falls diese Staaten sich dem NATO-Diktat nicht beugen wollen. Internationale Ziel-Mittel-Konflikte werden damit vorprogrammiert. Wenn der Krieg gegen Jugoslawien tatsächlich das Muster gewesen sein sollte, wie die NATO künftig internationale Politik durchzusetzen versuchen könnte, dann brauchen die Völker solche politischen Mittel, mit denen sie machtorientierte Kriege zu verhindern vermögen.

Die neue NATO-Doktrin hat nichts mit der Sicherung und Festigung des Friedens zu tun, sondern sie verschärft die Sinnkrise von Rüstung und Interventionsarmeen. Im Prozeß der Militarisierung von Politik in den NATO-Staaten und in der EU werden Staats- und Völkerrecht mit Füßen getreten, ohne daß die amtierenden Politiker von Gewissensbissen geplagt werden, wenn sie über Jahrhunderte gewachsene humanistische Werte der Menschheit ad absurdum führen bzw. inhaltlich auf den Kopf stellen.

Erwartungen an »modernes« Regieren in einer Zivilgesellschaft

Auf dem Gipfel war von »Zivilgesellschaft« die Rede, die »für das neue Zeitalter erneuert werden muß«. ¹³ Voraussetzung für eine Zivilgesellschaft ist, daß alle Regierungen für alle Zeiten dem Krieg als Mittel von Politik eine uneingeschränkte und unzweideutige Absage erteilen. Wie aber können die neue NATO-Doktrin, Fortsetzung der Rüstungspolitik und die als Reform ausgegebene Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee mit »modernem«

13 Abschlußerklärung, in: Der Tagesspiegel, a.a.O.

Regieren und Erneuerung der Zivilgesellschaft in Übereinstimmung gebracht werden? Übrigens ist es bei Beachtung der Erfahrungen des kriegerischen 20. Jahrhunderts mit allen seinen Folgen für einzelne Völker und ganze Kontinente höchst zweifelhaft, ob es schon eine Zivilgesellschaft gegeben hat. Oder soll die Militarisation von Politik und Gesellschaft als »modernes Regieren« kaschiert werden? Es ist historisch belegt, daß heimliche oder offene Vorbereitung und die immer brutālere und rücksichtslosere Führung von Kriegen sowie die Beibehaltung von Militär- und Rüstungswesen danach der Entfaltung von Talenten aller Menschen direkt entgegenwirkt. Bisher hatten die Menschen wenig Mittel, um im Interesse der »Freisetzung ihrer Talente« Militarisation von Politik und Kriege aufzuhalten. Wer als Pazifist oder aus anderer Überzeugung gegen Militär, Rüstung und Krieg aufgetreten ist, wurde von den Regierenden verleumdet, verfemt, verfolgt und zum Teil ins Gefängnis bzw. Konzentrationslager geworfen und in nicht wenigen Fällen auch umgebracht. Eine Regierung, die eine Zivilgesellschaft aufzubauen vorgibt, kann diese historischen Tatsachen nicht ignorieren oder bagatellisieren, wenn sie glaubwürdig sein will.

Wenn »modernes« Regieren in eine Zivilgesellschaft münden und nicht nur ein Wortspiel der Regierenden werden soll, müssen die Völker die Inhalte mitbestimmen können. Für das deutsche Volk ist besonders wichtig, die Regierung bei einem so gravierenden Veränderungen anstrebenden Vorhaben nicht allein zu lassen, weil mehr als genug Widerstände zu überwinden sein werden. Antimilitarismus und Friedenssicherung mit zivilen Mitteln und Methoden wurden als grundsätzliche Forderungen an »modernes« Regieren bereits genannt. Weitere Erwartungen, die mit den genannten 16 Punkten der Diskussion und des Kommuniqués des Gipfels weitgehend korrespondieren, richten sich primär auf folgende Gesellschaftsbereiche:

1. Herstellung sozialer Sicherheit für alle Bürger und Wahrung des sozialen Friedens. Im Mittelpunkt stünden die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Beteiligung der Arbeitenden am Sozialprodukt nach Maßgabe ihres Beitrags dazu, Gerechtigkeit in Steuerfragen und Abschaffung aller Möglichkeiten von bis jetzt noch legalisierten Steuerrückstellungen besonders für das Industrie- und Bankkapital. Die Regierung erhielte auf diesen Wegen die erforderlichen Finanzen, um ihren Pflichten in der Sicherung von bezahlbaren Wohnungen, gleichen Bildungschancen, gleichen Rechten in der medizinischen Versorgung, bei der Erhaltung ehrlich erworbener Rentenansprüche usw. für alle Bürger nachkommen zu können.

2. Sollen die Dominanz des Kapitals über die Politik abgebaut, der Globalisierung nicht »freier Lauf« gelassen, sondern zum Vorteil der Menschen genutzt sowie die »Finanzmärkte stärker reguliert, überwacht und zur Rechenschaft herangezogen« werden, dann fordern diese Ziele in einer dergestalt reformierten Demokratie zwangsläufig die Erweiterung plebiszitärer Elemente. Die politische Bedeutung der Gewerkschaften, nichtstaatlicher Organisationen und Fachverbände von Spezialisten unterschiedlicher Wissensgebiete als Beratungsorgane der Regierenden würde zunehmen.

3. So wie die Gesellschaftsbereiche eines Landes miteinander verwoben sind, so sind auch die Entwicklungen der Länder Europas

voneinander abhängig. Das in den achtziger Jahren unter dem damals vorrangigen Aspekt der friedlichen Koexistenz politisch favorisierte »Haus Europa« ist in den neunziger Jahren als »Europäische Union« weiter gebaut worden. Wenn »modernes« Regieren europaweit durchgesetzt werden soll, dann sollte dieses Haus vollendet werden, aber ohne Kellerwohnungen und Mansarden, ohne Besserungsgestaltung der Wohnungen für die reicheren Mieter, aber mit einer Hausordnung, die für alle gleiche Rechte und Pflichten verbindlich festlegt.

Um diese Erwartungen verwirklichen und den Regierenden bei der Wahrnehmung ihrer Verpflichtungen dafür konkret helfen zu können, müßten die vom Volk gewählten Vertreter in den Parlamenten im Interesse eines »modernen Regierens« auch die »Mittel in die Hand« bekommen, damit sie die Möglichkeit haben, zunächst jede weitere Rüstungspolitik zu unterbinden und Abrüstung durchzusetzen; den internationalen Waffenhandel als Vorbereitung von Menschenmord zu entlarven und den Weltmarkt für Kriegsmaterial aller Art abzuschaffen; aus Militärbündnissen auszutreten und damit ihre Auflösung zu befördern; die bestehenden Heere schrittweise zu verringern bzw. in Polizeiorgane umzuwandeln zur Gewährung der inneren Sicherheit, Abwehr rechtsradikaler Zusammenrottungen und zum Schutz der Grenzen gegen Übergriffe und vor allem jede geistige Kriegsvorbereitung unter der Jugend durch eine humanistische Bildungsreform unmöglich zu machen und jeder ideologischen Kriegspropaganda gegenüber der Bevölkerung durch die Medien ein Ende zu bereiten, jedoch die materiellen und finanziellen Bedingungen der Friedensforschung und nationaler wie internationaler Friedensorganisationen zu verbessern.

Bundeswehrreform widerspricht »modernem« Regieren in einer Zivilgesellschaft

Die Bundeswehr zum neuen »Fähigkeitsprofil«¹⁴ einer international einsetzbaren Interventionstruppe umzustrukturieren, bedeutet die Aufgabe der verfassungsgebundenen Verteidigungsorientierung. Zudem widerspricht das allen militärpolitischen Analysen, nach denen Deutschland nur noch von befreundeten Staaten umgeben ist.¹⁵ Historisch logisch wäre die Schlußfolgerung, die Bundeswehr in Verbindung mit Reformen in Polizei und Bundesgrenzschutz schrittweise zur Gewährleistung von innerer Sicherheit und Ordnung an den Grenzen zu »reformieren«. Die jetzigen Personal- und Ausrüstungsprobleme der Polizei ließen sich sach- und fachgerecht lösen.

Tatsache aber ist, daß der Bericht der vom Bundestag eingesetzten sogenannten Weizsäcker-Kommission, das Positionspapier der CDU über »Die Zukunft der Bundeswehr«¹⁶, die Vorlage des Generalinspektors der Bundeswehr sowie das Material des Bundesverteidigungsministers Scharping übereinstimmend die verstärkte internationale Einsatzfähigkeit der Bundeswehr als »Reform«ziele nennen. Die angesichts der militärpolitischen Sicherheitslage Deutschlands erarbeiteten »Reform«vorschläge sowie die von der Weizsäcker-Kommission genannte »wahrscheinlichste Aufgabe« für die Bundeswehr: »Teilnahme an Einsätzen der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung – zum Zwecke der Landes- und Bündnisverteidigung

14 Der Bundesminister der Verteidigung: Die Bundeswehr – sicher ins 21. Jahrhundert. Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf. Manuskriptdruck des Bundesministeriums der Verteidigung (BdV), Juni 2000, S. 12, (Scharping-Papier).

15 Im Vorschlag der Weizsäcker-Kommission heißt es im Punkt 14. unter »Aufgaben der Sicherheitspolitik«: »Zum ersten Mal in seiner Geschichte ist Deutschland ringsum von Bündnis- und Integrationspartnern umgeben und keiner äußeren Gefährdung seines Territoriums durch Nachbarn ausgesetzt. Diese neue Grundgegebenheit deutscher Sicherheit ist nicht vorübergehender Natur, sondern hat Bestandskraft für die vorhersehbare Zukunft.« In: Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr. Bericht der Kommission an die Bundesregierung. 23. Mai 2000. 179 Seiten. Berlin/Bonn 2000. BdV, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Postfach 1328, 53003 Bonn, S. 23.

16 PresseNews Berlin, den 21.3. 2000, Internet: <http://www.cdu.de/presse/archiv-2000/pr051-00.htm>.

und in Erfüllung internationaler Verpflichtungen« sowie »die Streitkräfte zu wirksamer Zusammenarbeit mit den Partnern in NATO, EU, VN und OSZE zu befähigen und die Sicherheits-, Verteidigungs- und Rüstungsbeschaffungspolitik soweit wie möglich zu europäisieren ...«¹⁷ sind realitätswidrig.

Das gilt auch für den im Papier von Scharping formulierten »Auftrag der Bundeswehr«: »Die Bundeswehr schützt Deutschland und seine Staatsbürger vor politischer Erpressung und äußerer Gefahr, verteidigt Deutschland und seine Verbündeten, trägt zur Sicherung von Frieden und Stabilität im euro-atlantischen Raum bei, fördert den Weltfrieden und die internationale Sicherheit im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen, hilft bei Katastrophen, rettet aus Notlagen und unterstützt humanitäre Aktionen.«¹⁸

Gegen diesen fünffachen Auftrag der Bundeswehr ist einzuwenden: Wer sollte und wer könnte Deutschland militärisch gefährden oder erpressen? Gegen wen sollten sich Deutschland und seine Verbündeten verteidigen, wenn Deutschland nur von befreundeten Staaten umgeben ist, zu denen auch die Verbündeten gehören? Jeder Angreifer würde der weltweit stärksten und atomar am umfangreichsten gerüsteten Weltmacht gegenüberstehen.

Die im euro-atlantischen Raum bestehenden Unsicherheiten für die politische Stabilität in Europa sind nicht militärisch begründet. Der Krieg der NATO gegen Jugoslawien 1999 hat eindeutig bewiesen: Ökonomisch, ethnisch und sozial bedingte Unsicherheiten sind mit Waffengewalt nicht zu lösen. Die Sicherheit von Frieden und Stabilität in Europa erfordert nicht den Ausbau militärischer Potentiale, sondern die Schaffung solcher wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse in der europäischen Völkerfamilie, die ethnische Konflikte und nationale Widersprüche abbauen helfen. Das kann aber nicht Bestandteil des Auftrags der Bundeswehr sein.

Die Bewahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit ist Gegenstand der Politik der UNO. Wenn die Bundeswehr sich den Auftrag stellt, »Weltfrieden und internationale Sicherheit im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen« zu fördern, dann ist das sowohl größtenwahnsinnig wie anmaßend. In wessen Interesse sollen deutsche Soldaten weltweit in Kriege verwickelt werden, die in Afrika und anderen Regionen noch nicht ausgeschlossen sind? Nachdem die Bundeswehr im Regierungsauftrag am NATO-Krieg gegen Jugoslawien als einer der Protagonisten mitgewirkt hat, ist nach dem Sinn der unpräzisen Begriffe »fördern« und »im Einklang mit der Charta der VN« zu fragen. Einsehbar wäre die verbindlichere Formulierung, Deutschland würde Einheiten der Bundeswehr zur Beendigung eines militärischen Konflikts zur Verfügung stellen, wenn der UN-Sicherheitsrat entsprechend Kapitel VII und speziell Art. 42 der UN-Charta deutsche Mitwirkung bei einem vom Sicherheitsrat beschlossenen und befehligten entsprechenden Einsatz erbittet, sofern die Bundeswehr im Prozeß der Reduzierung ihrer Streitkräfte und des Abbaus ihrer Rüstungspotentiale noch über für solche Einsätze geeignete Verbände verfügt.

Die Begriffe Katastrophen, Notlagen und humanitäre Aktionen müßten besonders nach ihrer mißbräuchlichen Verwendung im NATO-Krieg gegen Jugoslawien zunächst inhaltlich exakter bestimmt

17 Bericht der Weizsäcker-Kommission, a.a.O., S. 14.

18 Scharping-Papier, a.a.O., S. 8.

werden. Hilfen bei durch Natur- und Umweltkatastrophen entstandenen Notlagen von Menschen verstehen sich als humanitäre Aktionen, zu denen aber nicht Militär, sondern mit modernsten Hilfsmitteln ausgestattete und dafür ausgebildete Hilfsverbände erforderlich sind. Durch Abrüstungsmaßnahmen würde hierfür Material und zu seiner Bedienung befähigtes Personal vorhanden sein. Bisherige Erfahrungen mit solchen Katastrophen besagen, schnell einsetzbare Transportkapazitäten müßten geschaffen werden, sofern sie nicht schon bestehen.

Ohne öffentliche Diskussion über die Strukturreform und primär über die zukünftigen Aufträge für die Bundeswehr hat die Bundesregierung am 14. Juni 2000 die Reform der Bundeswehr auf der Grundlage des Papiers von Scharping beschlossen. Damit sind die guten Vorsätze über »modernes« Regieren vom 3. Juni in einer politischen Kardinalfrage für Deutschlands und Europas Zukunft schon nach elf Tagen über den Haufen geworfen worden. Die Friedenskräfte sollten Scharping die Methode der Unterdrückung der öffentlichen Meinung über seine militante Politik nicht durchgehen lassen und seine friedensgefährdenden Pläne entlarven.

Einzig die Bundestagsfraktion der PDS hat ihr Konzept zur Reform der Bundeswehr öffentlich vorgestellt. Die Verfasser gehen von der realen militärpolitischen Lage Deutschlands in Europa aus und begründen von daher ihre Vorschläge für die Neubestimmung der Ziele und Aufgaben der Bundeswehr sowie die daraus abzuleitende schrittweise Reduzierung der Streitkräfte, ohne daß Deutschlands Sicherheit gefährdet wird und für ins Zivilleben entlassene Soldaten Arbeitslosigkeit entstehen muß.¹⁹

19 »Für eine 100 000-Personen-Armee – Zukunftssicherung durch Abrüstung, nicht durch qualitative Aufrüstung.« Konzept der PDS-Bundestagsfraktion zur Zukunft der Bundeswehr (17. Mai 2000), in: PDS-Pressedienst, Nr. 22 und 23/2000, bzw. als Broschüre veröffentlicht.

Wie immer man diesen Vorschlag der PDS auch beurteilen mag – eines steht fest: Die PDS-Konzeption »100 000 Personen Armee« ist in ihrem Grundanliegen darauf gerichtet, daß von deutschem Boden keine militärischen Abenteuer, welcher Art auch immer, mehr ausgehen. Deutsche Soldaten sollen in keinem Krieg für fremde Interessen streiten, darum ist die Bundeswehr so zu reformieren, daß sie ausschließlich zur Verteidigung geeignet ist. Da es aber an deutschen Grenzen keinen erkennbaren Feind gibt, ist die bisherige Aufblähung der militärischen Potenzen mit all ihren Kosten, Einrichtungen und Ausrüstungen abzubauen. Die für die Bundeswehr eingesetzten Forschungskapazitäten sind für zivile Zwecke zu nutzen. Diese Grundorientierung der PDS zur Bundeswehrstrukturreform hebt sich von allen anderen vorgelegten Papieren positiv und konstruktiv ab. Die PDS-Fraktion braucht ihr Konzept vor der Öffentlichkeit nicht zu verstecken. Es wäre dagegen wünschenswert, daß die Medien zu seiner Verbreitung beitragen und es nicht länger ignorieren würden. Auf dem öffentlichen Anhörung der PDS-Bundestagsfraktion über die Zukunft der Bundeswehr am 17. Juni 2000 im Berliner Reichstagsgebäude wurde dieses Konzept in seinen Grundzügen von Wissenschaftlern, Politikern und Militärs aus Ost und West übereinstimmend positiv beurteilt und als konstruktiv anerkannt. Die auf dem Hearing geäußerten Vorschläge zu Einzelfragen werden zur weiteren Konkretisierung des Konzepts der PDS beitragen und in einer präzisierten Fassung berücksichtigt und veröffentlicht werden, sicherte Gregor Gysi den Anwesenden zu.